

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 415.08 / 21.11.2008

Fehmarnbelt-Brücke – Die Finanzierung steht nicht

Zur Pressekonferenz des Ministerpräsidenten und des Wirtschaftsministers auf Fehmarn zur geplanten Fehmarnbelt-Querung erklärt der verkehrspolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Detlef Matthiessen**:

Der Ministerpräsident Peter-Harry Carstensen und der Wirtschaftsminister Werner Marquette lügen sich selbst in die Tasche. Die Landesregierung ist nicht in der Lage, die KritikerInnen der geplanten festen Fehmarnbelt-Querung zu beruhigen. Sie macht stur auf Optimismus.

Aber es bleibt dabei: die Mehrheit der Fehmarnner Bevölkerung befürchtet Rückgänge im Tourismus und den Verlust der Arbeitsplätze im Fährverkehr. Deshalb wird der Widerstand gegen die Brücke weitergehen.

Die notwendigen Hinterlandanbindungen der Fehmarnbelt-Brücke werden nicht extra vom Bund aus dem Bundesverkehrshaushalt gezahlt. Diese Investitionen in Höhe von zirka 900 Mio. Euro müssen komplett aus dem BVWP-Plafonds (Bundesverkehrswegeplan) des Landes Schleswig-Holstein finanziert werden. Offen ist weiterhin die Finanzierung einer notwendigen zweiten Sund-Brücke.

Auch Dänemark macht auf Optimismus und sieht keine Probleme bei der Kreditbeschaffung. Das kann aber ganz anders kommen, denn auch der dänische Staat hat unter der globalen Finanzkrise zu leiden. Was viele Jahre undenkbar war: plötzlich ist die Mehrheit der Dänen für den Beitritt zur Euro-Zone und will Abschied von der geliebten Krone nehmen. Welche Bank ist jetzt in der Lage, dem dänischen Staat Kredite in Höhe von bis zu neun Mrd. Euro gewähren? Die andauernde und sich noch verschärfende Finanzkrise kann auch kleine Nationen in Bedrängnis bringen.

Eine kluge Landesregierung würde sich von diesem Prestige-Projekt verabschieden. Es ist ein finanzielles Abenteuer und schadet massiv der schleswig-holsteinischen Wirtschaft. Die jetzige Landesregierung verfügt leider nicht über diese Größe.
